



24.10.2013 – 08:22 Uhr

ikr: Regierung spricht sich für eine Teilnahme an den Europäischen Bildungsprogrammen "Erasmus+" aus

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 22. Oktober 2013 den Finanzbeschluss zur Teilnahme an der 4. Generation der europäischen Bildungsprogramme "Erasmus+" (2014-2020) genehmigt.

Förderung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes

Die neue Programmgeneration 2014 - 2020 löst die Ende dieses Jahres auslaufende 3. Generation der europäischen Bildungs- und Jugendprogramme "Lebenslanges Lernen" und "Jugend in Aktion" ab, an denen Liechtenstein seit 1995 erfolgreich teilnimmt. Mit der neuen, vierten Generation wird ein Gesamtprogramm für die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, Hochschulbildung, Jugend und Sport geschaffen.

Die Regierung befürwortet eine Teilnahme Liechtensteins an diesem neuen EU-Programm "Erasmus+", da die bisherigen Erfahrungen äusserst positiv sind und die Erwartungen deutlich übertroffen wurden. Regierungsrätin Aurelia Frick: "Die Bildungs- und Jugendprogramme haben sich in Liechtenstein etabliert und sind zur zentralen Anlaufstelle für Jugend- und Schulprojekte, Berufsbildungsprojekte, Auslandssemester und -praktika geworden. Durch den jahrelangen Aufbau und die Pflege der internationalen Kooperationen der verschiedenen Bildungsakteure entstand eine dichte Vernetzung zwischen den Liechtensteinischen Jugend- und Bildungsorganisationen und denen in ganz Europa."

Diese Netzwerke stellen eine wertvolle Ressource für die Förderung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Liechtenstein dar. Zudem erleichtert die Teilnahme an diesen EU-Programmen den Zugang zu den ausländischen Märkten, indem sie die Personen auf die sprachlichen, (inter-) kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vorbereiten.

Die Kosten für die Programmbeteiligung belaufen sich für Liechtenstein für die Gesamtlaufzeit von sieben Jahren auf rund 5 Millionen Euro. Im Gegenzug für die finanzielle Beteiligung erhält Liechtenstein zur Durchführung und Finanzierung der Projektträger und Teilnehmenden von der EU-Kommission einen Beitrag zwischen 8,5 und 21 Millionen Euro über alle Programmjahre. Voraussetzung dafür ist, dass die jährlich verfügbaren EU-Fördermittel auch Projekte eingereicht und bewilligt werden.

Kontakt:

Ministerium für Äusseres, Bildung und Kultur
René Schierscher, Generalsekretär
T +423 236 60 19

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100745826> abgerufen werden.